

Herrn Landrat  
Dr. Olaf Gericke  
Kreis Warendorf  
Waldenburger Str. 2  
48231 Warendorf

EINGEGANGEN

0 7. Sep. 2015

Vorzimmer Landrat

**Kreistagsfraktion**

**Fraktionsvorsitzender**

Guido Gutsche

Homanns Kämpe 17 b

59320 Ennigerloh

Tel.: 02524-4870

Fax: 02524-951434

mobil: 0170-3114670

e-Mail: ggutsche@aol.com

[www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de](http://www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de)

04.09.2015

## **Steuerung der Kosten der Unterkunft/Optimierung des Einsparpotentials**

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke,

im Namen der CDU-Fraktion stelle ich zur Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 24.09.2015 und zur Sitzung des Kreisausschusses am 02.10.2015 folgenden Antrag:

1. Beim Jobcenter wird eine - zunächst auf 2 Jahre befristete - zusätzliche Stelle mit dem Aufgabenschwerpunkt „Steuerung der Kosten der Unterkunft“ außerhalb des Stellenplans eingerichtet. Ziel soll die deutliche Nettoeinsparung bei den Kosten für Unterkunft und Heizung sein.
2. Ferner soll die Zusammenarbeit des Jobcenters mit den Mietervereinen intensiviert werden.

### **Begründung:**

Die Kosten der Unterkunft sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen und belasten zunehmend den Kreishaushalt. Die aktuellen Entwicklungen lassen befürchten, dass dieser Anstieg auch im Jahr 2016 anhalten wird. In Ergänzung zu den vielfältigen Anstrengungen des Jobcenters, die Kosten der Unterkunft zu senken, schlägt die CDU-Fraktion vor, durch die Schaffung der Stelle eines auf Unterkunfts-kosten spezialisierten Mitarbeiters zusätzliche Steuerungshebel zu nutzen.

Aufgabe der neuen Mitarbeiterin/des neuen Mitarbeiters sollte die Qualifizierung von Nachwuchskräften und die Mitwirkung bei der Aus- und Fortbildung der Leistungssachbearbeiter im Jobcenter gerade im Hinblick auf die komplizierten Betriebs- und Heizkostenabrechnungen sein. Berechnungshilfen (z.B. für Wohneigentum, Überprüfung angemessener Wohn- und Heizkosten etc.) könnten erstellt werden. Im Falle von besonders hohen Kosten der Unterkunft könnten Sonderprüfungen erfolgen.

Durch die Gewinnung und Auswertung von Steuerungsinformationen könnten konkrete Steuerungsansätze formuliert werden. Beispielsweise kommt hier - in enger Zusammenarbeit mit dem Kreissozialamt und den Wohngeldstellen - die regelmäßige Überprüfung und Anpassung des schlüssigen Konzeptes des Kreises Warendorf in Betracht. Ferner könnte der Mitarbeiter die Durchführung von fachaufsichtsrechtlichen Prüfungen unterstützen, indem er Leistungsfälle mit dem Schwerpunkt kommunale Leistungen wie Kosten der Unterkunft, Wohnungserstausstattung etc. besonders in den Blick nimmt.

Nicht zuletzt könnte der auf Unterkunftskosten spezialisierte Mitarbeiter als Ansprechpartner für Leistungsempfänger tätig werden, die von Energiesperren bedroht oder betroffen sind (Strom, Gas, Wasser), um mit den Energieversorgern eine Klärung der Notlage herbeizuführen.

Nähere Definitionen sollten durch das Jobcenter erfolgen.

Die Finanzierung einer solchen Stelle würde - abgesehen vom kommunalen Finanzierungsanteil in Höhe von 15,2 % - durch Bundesmittel erfolgen. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass die erreichten Einsparungen im Bereich der Kosten der Unterkunft den kommunalen Finanzierungsanteil mindestens kompensieren werden. Ziel soll jedoch eine deutliche Gesamtentlastung von Kreis und Steuerbürgern sein, d.h. die gesamten Stellenaufwendungen sollen mindestens kompensiert werden.

Die Stelle soll zunächst befristet für 2 Jahre eingerichtet werden. Dann sollen die Ergebnisse der Arbeit und der Kostenersparnis ausgewertet werden, bevor über eine Verlängerung entschieden wird. Sollte sich der Erfolg nicht einstellen, soll das Projekt beendet werden.

Nach einem Jahr erbitten wir einen Zwischenbericht im Finanzausschuss.

Mietervereine unterstützen ihre Mitglieder bei der Überprüfung von Heiz- und Nebenkostenabrechnungen, bei zweifelhaften Mieterhöhungen und Kündigungen, bei Mietmängeln und unzulässigen Klauseln in Mietverträgen.

Wir schlagen daher vor, dass das Jobcenter seine Kooperation mit den Mietervereinen - z.B. durch Abschluss eines entsprechenden Kooperationsvertrages - intensivieren sollte. Bei einem Prüfauftrag an den Mieterverein könnte das Jobcenter im Gegenzug den Jahresbeitrag zahlen und sich so das Know-How der Mitarbeiter der Mietervereine zu Nutzen machen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Guido Gutsche  
-Fraktionsvorsitzender-